

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-298  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung  
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH  
Berlin SW. 66, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Mahnung zur Vernunft.

Ein englischer Appell an Frankreich und Deutschland.

London, 17. Mai. (W.Z.) „Times“ schreibt in einem Leitartikel, die deutschen Konservativen ständen jetzt der Wahl gegenüber, entweder die Erfüllungspolitik der Regierung Marx zu unterstützen oder sie vorzüglich zum Scheitern zu bringen. Ihr Stimmenzuwachs stelle eine starke Reaktion gegen die erniedrigenden Verhältnisse dar, in die Deutschland gebracht worden sei, und die durch die Ruhrbesetzung noch verschärft worden seien. Es sei im großen und ganzen nicht schlecht, daß dieses Element der deutschen öffentlichen Meinung

in die Arena politischer Verantwortlichkeit gebracht worden sei. Die Partei weise weniger erfahrene Politiker auf und es sei zweifelhaft, ob sich unter diesen ein möglicher Reichstanzler befinde. Die deutsche Regierung zeige gegenüber der Unschlüssigkeit der Konservativen Festigkeit und Vernunft. Sie habe die Absicht, dem Reichstag gegenüberzutreten, ihre Politik darzulegen und mit ihrer Annahme oder Verwerfung zu stehen oder zu fallen.

„Times“ fährt fort, ein Teil der Schwierigkeiten in Deutschland sei auf die Unfähigkeit zurückzuführen, die wirkliche Lage zu begreifen.

Es bestehe nicht der geringste Zweifel über die britische Ansicht, die immer und immer wieder auseinandergesetzt worden sei, daß der Damesbericht als Ganzes angenommen werden muß, und daß seine Teile daraus ausgesucht werden könnten.

Die deutsche konservative Presse habe diese Erklärung als Bluff bezeichnet, der nicht ernst genommen zu werden brauche, und sogar noch, der ein gemäßigter Konservativer sei und viel zugunsten des Berichtes zu sagen habe, erkläre, daß eine vollständige Annahme unmöglich sei. Die Sachverständigen selbst bezeichneten ihren Bericht als unteilbar. Der britische Premierminister habe wiederholt die Notwendigkeit betont, den Bericht als Ganzes anzunehmen, und als er dem Hause die Entschädigung der Regierung bekanntgab, den Empfehlungen der Sachverständigen vorbehaltlose Unterstützung zu leisten, habe der Führer der Opposition Baldwin versichert, daß er darin die einseitige Unterstützung des ganzen Landes habe. Das sei

kein Bluff.

sondern die Politik aller Parteien in Großbritannien. Der Bericht sei auch offiziell vom Präsidenten der Vereinigten Staaten gebilligt worden. Es sei der einzige Plan, der in Betracht komme, und er stelle die einzige Hoffnung dar.

Frankreich habe jetzt eine Gelegenheit, in Deutschland größeres Vertrauen zu dem Sachverständigenplan zu erzeugen. Wenn Frankreich die politischen Gefangenen im Ruhrgebiet und in Rheinland freilasse und den Verbannten gestatte, zurückzukehren, so würde das dem deutschen Volke zeigen, daß die Arbeit auf der Grundlage des Sachverständigenplanes nicht nur eine Lösung verwickelter wirtschaftlicher Probleme bedeute, sondern auch den Beginn des Friedens.

## Der neue Kurs in Frankreich.

Das Programm des Linksblocks.

Paris, 16. Mai. (W.Z.) Von einem Mitarbeiter der Agentur Havas über das Programm befragt, das die neue Kammer durchzuführen habe, erklärte die Abgeordnete Herriot, Painlevé und Léon Blum: Das Programm der neuen Mehrheit ist ein

## Kabinett Stauning an der Arbeit.

Abrüstung und Vermögensabgabe. — Die deutschen Wahlen.

P. V. Kopenhagen, Mitte Mai 1924.

Die sozialistische dänische Regierung steht nunmehr mitten in ihrer ersten großen Folketingsdebatte, und man kann ungefähr Kurs und Widerstände übersehen. Die erste entschiedene Abkehr gegenüber den Plänen des abgegangenen Ministeriums ging von dem sozialistischen Wehrminister Rasmussen aus, der die bevorstehenden Herbstwahlen aufhob. Diese Maßnahme erspart nicht nur der Staatskasse eine runde Million Kronen, sondern sie erhält eine Anzahl für sie sonst Einzubehaltender ihrer Arbeit. Noch höher ist der ideelle Wert, der in den anlässlich der Aufhebungsverordnung von Regierungsseite gefallenen Äußerungen steckt, anzuschlagen, man erklärte nämlich gleichzeitig, zur Herbstsession dem Folketing einen vollständigen Abrüstungsvorschlag vorzulegen, der die Beseitigung des dänischen Heeres und der dänischen Marine bis auf eine Grenzwachter- und Gendarmetruppe und Wachschiffe zur Kontrollierung der dänischen Hoheitsgewässer vorsieht. Mit Recht legt das sozialistische Ministerium diesem Vorschlag den Wert einer moralischen Aktion bei, eines Beispiels, das hoffentlich in der Welt wirken wird. Aber dazu ist nötig, daß es in Dänemark zur Tat wird. Und hier liegt der erste Widerstand. Die scheinbare Ruhe, mit der die bürgerliche Presse die Aufhebung der Herbstwahlen aufnahm, darf nicht täuschen: der Abrüstungsvorschlag des Kabinetts Stauning wird zu einem harten Auseinandergehen der Gegensätze führen.

Vorbäufig ist noch die Nachwirkung des Sieges der dänischen Genossen und die Rücksichtnahme auf die im September fällige Erschließung für die Hälfte der Mitglieder des dänischen „Oberhauses“, des Landthings, so stark, daß das Kabinett die Verlängerung der dänischen Rüstungsgesetzgebung durchbrachte und mit Baltusmannsnahmen rein gemeinschaftlich, auf sozialistischen Prinzipien aufgebauten Choristers vor das Parlament treten durfte. Und zwar ist die Errichtung einer Valutazentrale von 8 Mi-

lionen der Ausföhrung und der internationalen Verständigung, das aber die gerechten Forderungen Frankreichs nicht außer acht lassen wird. Es ist ferner ein Finanzprogramm, das zum Ziele hat, das Budget auszugleichen nach den Grundsätzen, die wir in der Opposition verteidigt haben, also ein Programm des Kampfes gegen die Lebensmittelteuerung und infolgedessen auch des Kampfes gegen das Sinken des Franken.

## Kampf gegen Millerand.

Paris, 17. Mai. (Eco.) Der „Quotidien“ setzt seinen Feldzug gegen Millerand fort und wiederholt seine gestrige Beschuldigung, daß Millerand mit dem Finanzminister Francois Marsal und dem Gouverneur der Banque de France Robineau vor den Wahlen für die künstliche Niedrighaltung des Franken zur Beeinflussung der Wähler des Bloc National große Summen verschwendet und zwei Drittel der für die Stabilisierung des Wechselmarktes zur Verfügung stehenden Summe verpulvert hätte. Das Blatt verlangt, daß die neue Kammer eine Untersuchungskommission einsetze, um „den Skandal des Wahlfranken“ völlig aufzuklären und Millerand zu entlarven.

## Reform des Außenministeriums und Amnestie.

Paris, 17. Mai. (Eco.) Die „Ere Nouvelle“ verlangt in einem Leitartikel eine schnelle Reform des französischen Außenministeriums, sobald die neue Mehrheit die Macht übernommen habe. Kein republikanischer Außenminister könne etwas Ernsthaftes auf diplomatischem Gebiete unternehmen, wenn er nicht das verbrauchte, reaktionäre und teilweise unfähige Personal des Quai d'Orsay los wird. Das Blatt verlangt u. a., daß die Botschaften in Washington, Rom, London und Berlin neu besetzt werden. Gegen Borelli in Rom erhebt das Blatt den alten Vorwurf, daß er 1917 in der Angelegenheit Caillaux dem Außenminister einen gefälschten Bericht überreichte habe. Im Ministerium des Auswärtigen müßte der Direktor der politischen Abteilung Peretti della Rocca verschwinden, der die unverfälschte Formel seines Meisters Poincaré nach verächtlich habe.

Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ vertritt in einem Leitartikel eine weitere Forderung der neuen Mehrheit, nämlich eine Amnestie sofort nach Zusammentritt der Kammer.

## Die Haltung der Kommunisten.

Paris, 17. Mai. (Eco.) Ueber die Haltung der kommunistischen Partei im Lauf der nächsten Kammereröffnungen macht die „Ere Nouvelle“ heute bemerkenswerte Angaben. Diesem Blatte zufolge dürften die Kommunisten eine wohlwollende Haltung gegenüber der neuen Regierung einnehmen unter der Voraussetzung, daß nachstehende vier Bedingungen erfüllt werden: 1. Räumung des Ruhrgebietes, 2. volle und uneingeschränkte Amnestie, 3. Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland, 4. sofortige Abschaffung der Ermächtigungsgesetze.

## Tagesordnung des sozialistischen Parteitag.

Paris, 17. Mai. (W.Z.) Auf der Tagesordnung des am den 1. und 2. Juni einberufenen außerordentlichen Parteitag, der sozialistischen Partei stehen folgende Punkte: 1. die politische Lage und die Partei, 2. Forderung in der Zusammenlegung des Geschäftsführenden Ausschusses der Partei infolge der Wahl von einzelnen seiner Mitglieder zu Abgeordneten, 3. das Budget der Partei, 4. das Parteiblatt.

gliedern, in der auch Vertreter der Gewerkschaften vertreten sind, vorgelesen und zur Behebung des Unterschusses der Staatskasse eine Vermögensabgabe von allen Vermögen über 50 000 Kronen, nach oben gestaffelt, gefordert. Während die Valutazentrale, deren Befugnis nicht rein finanztechnischer Art ist, sondern mit der Befugnis der Beschränkung und Regelung des Imports auf das wirtschaftliche Gebiet übergreift, in ihren Hauptteilen angenommen ist, verweist sich der bürgerliche Widerstand in der Frage der Vermögensabgabe.

Es ist kein lauter, schreiender Widerstand, sondern einer mit viel Bäcklingen, viel Beteuerungen zur „sachlichen Mitarbeit“, ein Widerstand, der viel genug ist, um einzufehen: daß es über dem Vorschlag nicht zur Ministerkrise kommen darf, und der seiner Taktik darum das in bürgerlichen Kreisen in der ganzen Welt beliebte nationale Mantelchen umgehängt hat.

Das Ministerium Stauning wird seine Vermögensabgabe in der einfachen, reinen vorliegenden Form sicher nicht durchbekommen, aber es steht fester als je — solange nicht die deutschen Reichstagsmitglieder den Reichsbürgereichen in Dänemark neuen Agitationsstoff liefern. Mit großem Behagen haben die Kopenhagener Blätter das Zunehmen der Deutschnationalen in den deutschen Wahlen verzeichnet, und doch erst mit Erleichterung, als Hergt mit seiner Liebeserklärung an die Erfüllungspolitik herauskam. War man vorher geneigt, böse wirtschaftliche Folgen auch für Dänemark im Falle einer Ablehnung der Sachverständigenvorschläge zu fürchten, so ist man nun zufrieden: man will Frieden und ökonomische Ordnung in Europa — aber man sieht es noch viel lieber, wenn diese gegen die Arbeiterschaft, im kapitalistischen „Kontenausgleich“ auf Kosten der arbeitenden Massen geschieht.

Somit die ausgeprägten Rechtsbäcker. Die um ehrliche neue Bahnen bemühten Blätter aber sehen die Schwäche des neuen Deutschen Reichstages, sehen der endgültigen Befriedigung Europas durch den deutschen Wahlausfall wieder einen Klotz angehängt, sie sehen die Unerschlichkeit und Unauferbarkeit der deutschnationalen Wandlung, die alles andere als Rührung einflößt.

## Moskaus Forderungen.

Von Eduard Bernstein.

In seiner Abendnummer vom 14. Mai hat der „Vorwärts“ in dem „Deutschland und Rußland“ überschriebenen Artikel die Frage erörtert, welches die wichtigsten Gesichtspunkte sind, die für eine vernünftige Erledigung des Zwischenfalles in der russischen Handelsdelegation entscheidend ins Gewicht fallen. Was er dort darüber sagt, kann man grundsätzlich alles unterschreiben, und wenn er es in sehr zurückhaltender, jedes scharfe Wort vermeidender Sprache sagt, so erklärt sich das aus dem ersichtlichen Bestreben, alles zu vermeiden, was der Außenvertretung Deutschlands ihre ohnehin unangenehme Aufgabe in dieser Sache irgendwie erschweren könnte.

Aber die Rücksichten, die das Zentralorgan der größten politischen Partei Deutschlands sich auferlegen zu müssen glaubt, gelten nicht für jemand, der, wie der Schreiber dieses, keinerlei offizielle oder halboffizielle Stelle einnimmt, und für dessen Äußerungen niemand verantwortlich ist, als er selbst. Es sei mir daher gestattet, gleichfalls in dieser Sache das Wort zu nehmen und darzulegen, wie nach meiner Ansicht der Fall sich politisch gestaltet hat.

Dabei kann die Erörterung der Vorgänge in der russischen Handelsdelegation selbst ganz ausbleiben. Die deutsche Regierung hat der russischen auf deren Beschwerde, daß deutsche Polizisten sich gegen die Handelsvertretung Uebergriffe haben zuschulden kommen lassen, diejenige Genugtuung zugesichert, die Staaten einander in solchen Fällen zu gewähren pflegen: Untersuchung des Vorfalles, Benachrichtigung über deren Verlauf und Ausgang, eventuell Bestrafung der schuldigen Beamten und Ausdruck des Bedauerns. Damit liegt ein Streit grundsätzlicher Natur zwischen beiden Staaten über eine von Deutschen oder Deutschland als Staat begangene Handlung überhaupt nicht mehr vor. Die Untersuchung ist im Gange, und die Akten über sie werden der russischen Regierung zur Kenntnisnahme übermittelt.

Trotzdem hat diese eine Reihe von Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland ins Leben geleitet und weitere angedroht, die darauf abzielen, den deutschen Handel mit Rußland bis auf weiteres vollständig lahmzulegen. Deutschland soll für die angeblichen Uebergriffe Berliner Polizisten bestraft werden. Mehr noch. Mit Jubel meldet die von Moskau beeinflusste Presse, daß große russische Getreideexporte, die für Deutschland bestimmt waren, nach holländische, englische, italienische Häfen abgeleitet worden seien. Und die Berliner „Rote Fahne“ überschreibt eine solche Meldung triumphierend: „Kein billiges russisches Getreide!“ Das Blatt, das sich gebärde, als ob ihm wie keinem zweiten die Interessen der Arbeiter am Herzen liegen, hat keine Silbe des Protestes gegen eine Erpresserpolitik, die, wenn sie die Wirkung haben könnte, die für sie Bedingung des Erfolges ist, zuerst und am meisten die deutschen Arbeiter treffen würde.

In der gleichen Nummer der „Roten Fahne“ berichtet ein Telegramm aus Moskau über Protestdemonstrationen der russischen Arbeiter gegen die deutsche Regierung. Natürlich marschiert man da mit phantastischen Zahlen auf. In Moskau allein sollen am 11. Mai „über 550 000“ Arbeiter an den dortigen Demonstrationen teil beteiligt haben, die sich „vor allem gegen die Polizeiprozessionen der deutschen Regierung richteten“. Streifemann als Hampfmann, Streifemann am Galgen seien den Augen vorangetragen worden, ebenso Tafeln mit der Aufschrift, daß sich „das russische Proletariat die Freiheiten der deutschen Regierung nicht gefallen lassen werde“, und „die das deutsche Proletariat aufforderten, Streifemann und die kapitalistischen Scharfmacher Deutschlands zu erledigen“.

Alles das, wie sich in Sowjet-Rußland von selbst versteht, mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung, wenn nicht von oben angeflößt. Eine Erziehung der Arbeiter zum Chauvinismus, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung ihresgleichen sucht.

Aber sie hat in diesem Falle ihren besonderen Zweck. Am Schluß der Notiz der „Roten Fahne“ liest man:

Die deutsche Arbeiterschaft muß die Aufforderung der Moskauer Arbeiter hören und darf eine weitere Verzögerung der vollen Genugtuung nicht dulden. Sie darf nicht vergessen, daß jede solche Verzögerung ihre eigene Lebenslage auch verschlimmert.

Hier schaut die Rage aus dem Sack. Was ist die „volle Genugtuung“, für die die deutschen Arbeiter, wenn sie nicht verschärft Hunger leiden wollen, nach Moskaus Diktat sich einsegnen „müssen“? Die amtlichen Mitteilungen der Regierung über den Gang der Verhandlungen mit Moskau beobachten darüber eine auffallende Zurückhaltung. Indes geht aus der Sprache der Agenten Moskaus soviel hervor, daß die „Exterritorialität“ (die Enthebung von der Gebietshoheit des Aufenthaltsstaats, hier also Deutschlands) der Handelszentrale über das von der deutschen Regierung anerkannte Maß hinaus verbürgt werden soll. Das ist aber eine Forderung, von der man nur sagen kann, daß die deutsche Regierung lediglich ihre Pflicht tut, wenn sie sich ihr widersetzt. Eine unbegrenzte Exterritorialität gibt kein Staat solchen Kommissionen fremder Länder, wie die russische Handelsdelegation eine ist, sondern immer nur bestimmten Mitgliedern dieser Kommissionen. Darüber hinausgehen und die Exterritorialität, wie sie für Gesandtschaftsgebäude gilt, auch auf Gebäude oder





